

Konkret heisst dies, dass der Kredit für den ballistischen Körperschutz von 199,2 Millionen auf 170 Millionen Franken gekürzt werden soll. Wie uns vom VBS auch mitgeteilt wurde, sollen wegen der unterschiedlichen Taillenweiten 115 000 Ausrüstungen beschafft werden. Des Weiteren kann aus der Erfahrung mit anderen Artikeln abgeleitet werden, dass etwa 15 Prozent der aufgebötenen Armeeangehörigen gar nicht im Einsatz sein werden. Diese 15 Prozent benötigen folglich auch keine vollständigen und neuen Systeme des ballistischen Körperschutzes.

Mit dem Antrag Ihrer Kommission kann sichergestellt werden, dass in jedem Fall 85 000 Armeeangehörige mit dem neuen ballistischen Körperschutz ausgerüstet werden. Dies entspricht grundsätzlich jener Anzahl der tatsächlich in Ausbildung und Einsatz stehenden Armeeangehörigen gemäss dem Leistungsprofil der Armee sowie dem Ausbildungs- und dem Bereitschaftssystem. Ich bin froh – wir haben es vorhin vom Herrn Bundesrat gehört –, dass der Bundesrat mit dieser Lösung an sich leben könnte; selbstverständlich hätte er noch lieber seine eigene Vorstellung realisiert, aber immerhin scheint die Kommission hier doch einen gangbaren Weg vorzuschlagen.

Ich rekapituliere: Der Betrag von 199,2 Millionen Franken für die Beschaffung des ballistischen Körperschutzes soll nicht halbiert, sondern um 29,2 Millionen auf 170 Millionen gekürzt werden. Dadurch reduziert sich der Verpflichtungskredit für modulare Bekleidung und Ausrüstung auf 347,8 Millionen und der Gesamtkredit für das Rüstungsprogramm 2018 auf 818,8 Millionen Franken.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.022/2610)

Für Annahme der Ausgabe ... 38 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

17.028

Informationssicherheitsgesetz

Loi sur la sécurité de l'information

Differenzen – Divergences

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.17 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.03.18 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 26.09.18 (Differenzen – Divergences)

Bundesgesetz über die Informationssicherheit beim Bund

Loi fédérale sur la sécurité de l'information au sein de la Confédération

Antrag der Kommission

Festhalten (= Eintreten)

Proposition de la commission

Maintenir (= Entrer en matière)

Baumann Isidor (C, UR), für die Kommission: Am 4. Dezember 2017 hat unser Rat auf Antrag der SiK-SR das Informationssicherheitsgesetz beraten und dem Entwurf sehr deutlich, mit 39 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, zugestimmt. Die SiK-NR ist im Januar mit 21 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung auf

die Vorlage eingetreten und hat für die Beratung von der Verwaltung weitere Unterlagen verlangt. In der darauffolgenden Sitzung hat die SiK-NR nach einem Rückkommensantrag mit 16 zu 9 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage beschlossen. Der Nationalrat ist dann am 13. März dieses Jahres dem Antrag seiner Kommission gefolgt und hat mit 117 zu 68 Stimmen bei 8 Enthaltungen ebenfalls Nichteintreten beschlossen.

Die pauschal zusammengefassten Argumente für Nichteintreten waren im Nationalrat die folgenden: Das Gesetz sei nicht notwendig und bringe nicht mehr Sicherheit. Es sei ein Bürokratiemonster ohne Einflussmöglichkeiten des Parlamentes, und die finanziellen und personellen Auswirkungen seien unbekannt. Nicht zuletzt wurde auch die Begründung angeführt, dieses Gesetz behindere die Wirtschaft.

Es gab im Nationalrat aber auch eine Minderheit, die das anders beurteilte und sich für Eintreten einsetzte. Diese Minderheit begründete dies damit, dass Handlungsbedarf für einen gesamtheitlichen Ansatz klar gegeben sei und das vorgeschlagene Gesetz eine übersichtlichere Lösung biete als die heutigen Bestimmungen, die auf verschiedene Erlasse verteilt sind. Es könnten Sicherheitslücken geschlossen und die Koordination stark verbessert werden, und dies zu – gemessen am Sicherheitsrisiko – vertretbaren Kosten. Zudem könne sich das Parlament zur Ausführungsverordnung konsultieren lassen und besitze die Budgethoheit, womit die nötige Kontrolle gewährleistet sei.

Auch die Finanzkommission des Nationalrates kam zum Schluss, die Notwendigkeit, Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Gesetzes sei nicht bestritten.

Dem zum Trotz wurde im Nationalrat, wie bereits gesagt, Nichteintreten beschlossen.

Ihre Kommission, die SiK-SR, hat sich an ihrer ersten Augustsitzung mit dem Nichteintretensentscheid des Nationalrates eingehend befasst und sehr deutlich, mit 12 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen, beschlossen, an unserem Eintretensentscheid festzuhalten. Ihre Kommission begründete das schon bei der Beratung am 4. Dezember 2017 in unserem Rat. Es war ein Auftrag des Parlamentes, mit klaren Vorgaben und Empfehlungen der GPK und der GPDeI, dieses Gesetz zu schaffen. Ich nenne ein paar Gründe dafür.

Es braucht dieses Gesetz, um bei allen Bundesbehörden einen einheitlichen, minimalen Sicherheitsstandard durchsetzen zu können. Es braucht dieses Gesetz, um die Kantone bei der Zusammenarbeit mit dem Bund denselben Sicherheitsvorschriften unterstellen zu können. Es braucht ein Gesetz, wenn man zukünftig für den Zugang zu Informationssystemen des Bundes biometrische Daten verwenden will, um unberechtigte Zugriffe besser verhindern zu können. Es braucht das Gesetz auch, um Personen, die kritische Informationssysteme des Bundes betreiben oder verwalten, einer Personensicherheitsprüfung unterziehen zu können. Zum Schluss noch: Die Kommission ist auch überzeugt, dass es ein Gesetz braucht, um die Vertrauenswürdigkeit von Unternehmen, die sensible Aufträge für den Bund ausführen, feststellen und während der Auftragserfüllung die Einhaltung der Sicherheit überprüfen zu können.

Auch wenn der Nationalrat von einem Bürokratiemonster spricht – Ihre Kommission sieht das anders, denn das heutige System ist bürokratisch und ineffizient. Nur eine Regelung in einem inhaltlich abgestimmten Gesetz erlaubt es, die bestehende Bürokratie durch die Vereinfachung von Verantwortlichkeiten und Prozessen sowie durch die Standardisierung der Massnahmen abzubauen. Die ISO-Norm über die Informations- und Cybersicherheit – der Standard in der Privatwirtschaft – sieht genau eine solche einheitliche Regelung vor. Die bestehenden Gesetze zu aktualisieren genügt nicht, da keines der bestehenden Gesetze für alle Bundesbehörden gilt und viele Teilaspekte der Sicherheit noch gar nicht gesetzlich geregelt sind.

Mit dem Informationssicherheitsgesetz wird die Kontrollmöglichkeit des Parlamentes gestärkt, schon allein durch die Tatsache, dass das Parlament den Inhalt des Gesetzes festlegt. Darum sollte der Nationalrat mindestens auf die Beratung dieses Gesetzes eintreten. Ihre Kommission begründet das, wie schon bei der Beratung am 4. Dezember 2017 in unse-

rem Rat, damit, dass es, ich wiederhole das, ein Auftrag des Parlamentes war.

Ihre Kommission hat sich auch noch einmal mit den finanziellen und personellen Auswirkungen befasst. Sie kommt zu folgender Beurteilung: Die Bedrohung der Informationssicherheit und der Cybersicherheit hat seit Anfang dieses Jahrhunderts deutlich zugenommen und an Bedeutung gewonnen. Um dem zu begegnen, ist ein gewisser Mehraufwand unvermeidlich. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat der Bund in den letzten Jahren die Ressourcen für die Informationssicherheit kaum verändert. Es bedarf zusätzlicher Ressourcen, nur schon um das bisherige Sicherheitsniveau aufrechtzuerhalten.

Die direkten Kosten des Gesetzes sind in der Botschaft klar ausgewiesen und entsprechen dem Bedarf für einen minimalen Sicherheitsstandard. Der Bundesrat hat den minimalen Sicherheitsstandard definiert. Das würde bedeuten, dass es ungefähr 4,5 bis 11,5 zusätzliche Vollzeitstellen für Sicherheitsaudits, Kryptologie und Sicherheitsmanagement braucht. Es wäre etwa mit jährlichen Kosten von 1,5 Millionen Franken zu rechnen, um die kritischen Systeme zu prüfen. Es würden 5 bis 15 Millionen Franken einmalige Kosten ausgelöst, verteilt auf drei Jahre, um das Sicherheitsmanagement der Bundesbehörden zu verbessern. Einzig die Kosten für technische Massnahmen sind nicht detailliert ausgewiesen, da die Entwicklung in der Sicherheitstechnik laufend voranschreitet und daher laufend geprüft werden muss, was wir uns leisten können und was wir uns leisten wollen.

Mit diesen Beurteilungen steht Ihre Kommission mit 12 zu 1 Stimmen dafür ein, an unserem Eintretensentscheid festzuhalten; wir beantragen unserem Rat, am Eintretensentscheid festzuhalten.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Monsieur Baumann, rapporteur, a rappelé les enjeux de cette loi. Il a aussi rappelé dans le détail tout ce qui a déjà été entrepris pour l'améliorer. Il a en outre répété – et c'est important – que l'élaboration de la loi répondait à une mission confiée par le Parlement, en particulier par les Commissions de gestion. Nous sommes dans une situation tout de même délicate, puisque le Conseil national a nettement refusé d'entrer en matière.

Je précise que le Conseil fédéral tient absolument à cette loi. En tant que chef du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports, j'ai aussi un intérêt très particulier à défendre cette loi. Les problématiques de la sécurité de l'information et de la cybersécurité impliquent que nous nous dotions des instruments permettant de faire face aux nouveaux défis qui se posent. Il faut comprendre que cette loi va renforcer toute la chaîne des acteurs impliqués, ce qu'une simple mise à jour des lois existantes ne permettrait pas. Aussi, si un seul maillon de la chaîne est fragilisé, alors toute la chaîne risque de casser.

Sans loi, nous risquons d'être confrontés à d'importantes lacunes de sécurité, comme l'absence de sécurité au niveau fédéral, qui ne seront pas comblées. Sans loi, des mesures importantes de sécurité de l'information et relatives à la cybersécurité, comme le mandat de la centrale Melani, ne reposeront pas sur des bases légales suffisantes. L'objectif fondamental de la loi et son rôle, alors que nous entrons dans l'ère de la digitalisation et de l'hyperconnexion, c'est de renforcer toute la chaîne des acteurs grâce à la définition de standards de sécurité minimaux. Sans cette loi, cet objectif, essentiel pour nous, ne serait pas atteint.

C'est pour cela que, depuis la décision du Conseil national de ne pas entrer en matière, nous avons eu quelques contacts à différents niveaux avec des membres des groupes parlementaires qui ont refusé d'entrer en matière. Monsieur le conseiller aux Etats Baumann, rapporteur, a cité quelques-unes des raisons de cette décision. Il a parlé de monstre bureaucratique; il a parlé d'aspects qui inquiètent les entreprises. Nous sommes prêts aussi à approfondir nos recherches à propos de certaines craintes émises au Conseil national. Pour cela, il faut que la commission du Conseil national accepte d'abord d'entrer en matière.

Une des problématiques est celle de la maîtrise des coûts. Nous avons quelques idées pour que l'aspect maîtrise des

coûts soit mieux compris par le Parlement. Il est clair que si le Parlement lui-même inscrit dans la loi un standard minimum, il a tout de suite mieux en main la maîtrise des coûts. C'est la réflexion sur ce type d'aspect que nous voulons approfondir. Entre-temps, une évolution de la situation entre les deux conseils a eu lieu. La motion Eder 17.3508, "Création d'un centre de compétence fédéral pour la cybersécurité", a été acceptée. Elle a pour but d'attribuer clairement au Département fédéral des finances ce centre de compétence "cyber". Cela nécessite peut-être d'approfondir à nouveau certains points du projet de loi en concertation avec le Département fédéral de justice et police et le Département fédéral des finances.

Bref, je vous propose de maintenir votre décision, comme l'a présentée Monsieur Baumann, rapporteur, de confirmer votre volonté d'entrer en matière de façon à ce que nous puissions entamer des discussions prochainement au niveau de la commission du Conseil national de manière à tenter de la convaincre d'entrer en matière, de procéder à la discussion par article, qui permettra ensuite d'éliminer certaines divergences. C'est extrêmement important pour le pays. Tous les jours, on voit ce qui se passe en matière de cybersécurité, d'insécurité au niveau des informations. Rappelez-vous simplement, et je le cite encore une fois pour mémoire, ce qui s'est passé en Allemagne où, à l'échelon du gouvernement, le niveau de sécurité était garanti alors que ce n'était pas le cas à l'échelon du Bundestag. Par conséquent, des informations essentielles sur la sécurité ont fuité et se sont retrouvées dans le public. C'est une chose de ce genre que le projet qui vous est soumis vous permettra, en fixant des standards minimaux, de mieux prévenir et de rendre plus sûre.

Au nom du Conseil fédéral, je prie le Conseil des Etats de confirmer sa décision d'entrer en matière.

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Sie haben an Ihrem Eintretensentscheid festgehalten. Das Geschäft geht damit zurück an den Nationalrat.

17.4069

Motion Semadeni Silva.
Olympische Winterspiele 2026.
Das Volk soll entscheiden

Motion Semadeni Silva.
Le peuple doit se prononcer
sur l'organisation
des Jeux olympiques d'hiver 2026

Mozione Semadeni Silva.
Giochi olimpici invernali 2026.
Deve decidere il popolo

Nationalrat/Conseil national 13.03.18
Ständerat/Conseil des Etats 26.09.18